



**Hans-Willi Körfges** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann ja verstehen, dass der letzte Wortbeitrag, Herr Kollege Biesenbach, ein bisschen von Trauer und Scham darüber geprägt war, dass Sie als CDU im Verhältnis zu unseren Kommunen in der Zeit von 2000 bis 2005 schmäählich versagt und unsere Kommunen in Nordrhein-Westfalen im Stich gelassen haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Bernhard Schemmer [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Der ehrenwerte Versuch des Kollegen Link, durch eine Zwischenfrage Ihren Wortbeitrag wenigstens ein bisschen wichtig zu machen, ist von Ihnen eiskalt ausgekontert worden. Das, was Sie hier gesagt haben, war nicht wichtig, und das haben Sie ganz deutlich gezeigt.

Wichtig ist – insoweit lassen wir uns auch die Freude und Genugtuung über den heutigen Tag von niemandem vermiesen –, dass diese Landesregierung, die Koalitionsfraktionen und letztendlich auch die Fraktion der FDP gemeinsam eine Zeitenwende eingeläutet haben im Verhältnis des Landes zu seinen Kommunen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Heiterkeit von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Körfges, das Thema „Zwischenfrage“ war vorhin ein guter Hinweis. In etwa zeitgleich hatte sich Kollege Schemmer für eine solche gemeldet. Würden Sie die zulassen?

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Ich lasse die Zwischenfrage zu.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte schön, Herr Kollege Schemmer.

**Bernhard Schemmer (CDU):** Herr Körfges, es war nett, dass Sie uns darauf hingewiesen haben, dass die CDU und die FDP in den Jahren 2000 bis 2005 versagt hätten. Wenn meine Erinnerung mich nicht täuscht, hat in dieser Zeit Rot-Grün

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Entschuldigung!)

mit einem extrem schlechten Ergebnis für die Kommunen regiert. Wollten Sie damit vielleicht sagen, dass wir das danach eigentlich sehr gut gemacht haben –

(Lachen von der SPD)

im Gegensatz zu Ihrem Tun von 2000 bis 2005?

(Zuruf von der SPD: Er hat es immer noch nicht kapiert!)

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Herr Kollege Schemmer, Ihre Frage ist insoweit berechtigt gewesen, als ich mich – yes, indeed; ich räume das freimütig ein – beim Zeitraum versprochen habe, aber dadurch wird die Politik, die Sie von 2005 bis 2010 im Verhältnis zu unseren Kommunen gemacht haben, keinen Deut besser.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn ich dann von den Kolleginnen und Kollegen der Linken etwas von „minimalen Hilfen“ höre, mir aber vorstelle, dass wir allein einer Stadt wie Oberhausen jährlich mit 65 Millionen € helfen, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann ich nur sagen: Bei Ihnen ist jeglicher Maßstab und jegliches Maß verloren gegangen.

(Beifall von der SPD)

Es ist doch bezeichnend für diese Debatte – das hat auch eine historische Dimension –, dass sich CDU und Linke quasi wechselseitig für eine unhaltbare Politik haltloser Versprechen Beifall zollen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dem Kollegen Biesenbach empfehle ich zur Lektüre den 19. Band der Asterix-Reihe. Der als Titelheld dort auftretende „Seher“ zeichnet sich dadurch aus, dass er haltlose Versprechungen in alle Richtungen macht und gleichzeitig dadurch versucht, Zwietracht zu säen, um am Ende gnadenlos zu scheitern. Herr Biesenbach, wenn das einmal verfilmt wird, schlage ich vor, dass Sie zum Casting gehen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Heiterkeit von Peter Biesenbach [CDU])

Denn Sie sagen doch jedem, was er hören will, und niemandem, wie Sie es bezahlen wollen.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Wir schon!)

Den Kommunen in der ersten Stufe des Stärkungspaktes suggerieren Sie, hier würden unzumutbare Bedingungen geschaffen. – Offensichtlich haben Sie im Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen und der FDP das Regel-Ausnahme-Verhältnis, das dort vorgesehen ist, nicht zur Kenntnis genommen oder zur Kenntnis nehmen wollen. Das ist Realitätsverweigerung, lieber Kollege Biesenbach!

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Körfges ...

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Darüber hinaus haben Sie, bezogen auf den bei Junkernheinrich/Lenk vorgesehenen Deckungsbeitrag in Form eines Solidarbeitrages von Teufelswerk gesprochen, obwohl Sie doch ansonsten das Gutachten der beiden Herren über den grünen Klee loben und zum Maßstab Ihres Handelns machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssten sich einmal für das eine oder andere entscheiden. So, wie Sie es machen, geht es auf keinen Fall.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Körfges, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Würden Sie mir ganz kurz ein Signal geben, ob Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Demirel zulassen?

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Ja, selbstverständlich!

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Charmeur!)

**Özlem Alev Demirel (LINKE):** Danke schön, Herr Körfges, danke. – Da Sie jetzt wieder von nicht haltbaren Versprechen geredet haben, habe ich mich an die Debatte über das GFG im letzten Jahr erinnert. Da hatten Sie, als wir den Vorschlag unterbreitet hatten, einen

Härtefonds im Rahmen des GFG einzurichten, gesagt, das sei nicht haltbar, Özlem im Wunderland. Sie hatten mich seinerzeit mit Alice und nicht mit Asterix verglichen.

In diesem Jahr hat der Innenminister genau diesen Härtefallansatz in den GFG-Modellrechnungen aufgegriffen.

Wird mit dem, was Sie jetzt sagen, Ähnliches geschehen und werden Sie im nächsten Jahr wieder das übernehmen, was wir in diesem Jahr schon gesagt haben?

**Hans-Willi Körfges** (SPD): Zu dieser Frage kann ich feststellen: Ich bin froh über jedes Missverständnis, das ich hier aufklären kann, Frau Kollegin Demirel. Sie befinden sich ganz offensichtlich immer noch im Wunderland, was bei Ihnen auch Züge des Schlaraffenlandes hat.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Denn das, was Sie fordern, liebe Kollegin, hat einen kleinen Makel: Es ist schlechterdings unbezahlbar und unfinanzierbar. Das Land geht mit dem, was es im Verhältnis zu den Kommunen macht, an die absolute Leistungsgrenze.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Aber 1 Milliarde für die Bad Bank der WestLB hatten Sie!)

Da ist es auch spaßig, dass Sie Ihre neuen Verbündeten von der CDU bei der Frage der unseriösen Finanzierung mitnehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Linken.

(Beifall von der SPD)

Denn bei allen Vorschlägen, die ich aus kommunaler Sicht durchaus begrüße, etwa die Verdoppelung des in Ansatz gebrachten Betrages – liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben uns schon wegen der 350 Millionen € beim Verfassungsgericht verklagt; nächste Woche Dienstag ist die mündliche Verhandlung –, frage ich Sie jetzt und hier: Wo, bitte, wollen Sie das Geld hernehmen, um diese Versprechungen tatsächlich zu finanzieren? Ist das nicht einfach hohles Stroh, das Sie da dreschen, um sich für die Sünden der Vergangenheit zu exkulpieren?

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie mich, weil das Verhältnis von Bund zu Kommunen in der heutigen Debatte an einigen Stellen eine herausgehobene Rolle gespielt hat, darauf eingehen, was der Landesvorsitzende der CDU uns über eine Presseerklärung hat wissen lassen. Er hat von einer untauglichen Umverteilung der Schlüsselzuweisungen an Kommunen in Nordrhein-Westfalen fabuliert. Das kann man auf der Homepage der CDU trefflich nachlesen.

Meine Damen und Herren, er hat weder Ihren noch unseren Gesetzentwurf gelesen. Eines ist ganz klar: Die Einzigen, die jemals von einer Umverteilung innerhalb des GFG gesprochen haben, waren die Mitglieder der CDU-Fraktion anlässlich der letzten Haushaltsberatung bei Ihrem Plan KomPAS I. – So weit zur Aufklärung der Missverständnisse von Herrn Röttgen.

(Beifall von der SPD)

Wenn wir gerade bei Herrn Röttgen sind, darf ich Sie dazu auffordern, den Menschen, der am Kabinetttisch in Berlin sitzt, darum zu bitten, seinen Einfluss dort zu stärken, den Kommunen endlich eine angemessene Beteiligung des Bundes an den Soziallasten zukommen zu lassen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das haben wir gerne, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, hier die Leistungen der Landesregierung in Zweifel ziehen und sich in Berlin einen schlanken Fuß machen. Das ist Politik à la CDU.

Und die ungedeckten Steuererleichterungsversprechen von 6 Milliarden € – diese Summe ist sehr spannend, weil das genau die ist, die uns für die Kommune fehlen würde – setzen dem die Krone auf. Denn nicht nur, dass das nicht in die Zeit und in die Haushaltsdebatten passt, sondern das passt gerade auch nicht in die kommunale Landschaft. Denn das kostet die Kommunen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 150 Millionen €. Statt unseren Kommunen zu helfen, verschlechtern Sie ihren Finanzierungsaldo und wollen sich dann hier mit haltlosen Versprechungen vom Acker machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist Politik à la CDU.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

– Lassen Sie mich zum Abschluss kommen. – Meine Freude über das, was wir gemeinsam in den letzten Monaten erreicht haben, ist groß. Ich weiß, die Probleme unserer Kommunen sind größer als die finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Landes. Ich weiß, wir verlangen von unseren Kommunen viel. Alle, die dazu beigetragen haben, dass es heute zu dieser Abstimmung kommt, haben Folgendes geschafft:

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Sie haben Ernst damit gemacht, die Kommunen in unserem Land nachhaltig zu unterstützen. Dafür vonseiten der SPD-Fraktion vielen herzlichen Dank, auch für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Geduld, Frau Präsidentin.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)